

KUNDGEBUNG-PROTEST

JOBCENTER, ES REICHT! GEGEN SANKTIONEN UND SCHIKANEN.



DONNERSTAG 25.04.2024

um 11:00 Uhr/ JOBCENTER-SCHIFFBAUERWEG 22

PEOPLE, POWER, SOLIDARITÄT !

WIR FORDERN DAS JOBCENTER BREMEN AUF:

1. Anträge umgehend zu bearbeiten, Geld zu bewilligen und aufzuhören, immer wieder und wieder die selben Unterlagen einzufordern
2. Keine Verschleppung von Verfahren mit Hinweis auf Mitwirkungspflichten
3. Keine Sanktionen, keine Schikanen und keine Diskriminierungen

Wir wollen keine Sanktionen mehr. Wir sind müde, dieselben Unterlagen tausend Mal zum Jobcenter zu schicken und trotzdem keine Antwort zu erhalten. Wir haben genug davon, dass wir monatelang hingehalten werden, bis unser Geld ausgezahlt wird. Wir wollen weder Bezahlkarte noch Arbeitsverbote. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der jede und jeder gut und sicher leben kann - ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung.

KOMMT ZUR KUNDGEBUNG!

Komm am 25.04.2024 um 11.00 mit uns vor das Jobcenter in Gröpelingen. Lass uns gemeinsam dafür kämpfen, dass uns das Jobcenter respektvoll behandelt und unsere Leistungen schnell und richtig bewilligt!

Die Kundgebung ist angemeldet und legal.

PEOPLE, POWER, SOLIDARITÄT!

Kundgebung vor dem Jobcenter Gröpelingen I
Schiffbauerweg 22 I

Donnerstag, 25.04.2024 um 11.00 Uhr



NICHT WIR SIND DAS PROBLEM!

Viele von uns haben keine (bezahlte) Arbeit oder eine Arbeit, von der wir uns und unsere Familien nicht unabhängig vom Jobcenter finanzieren können. Wir sind also Menschen, die den ständigen Stress mit dem Jobcenter selbst erfahren. Wochen- oder monatelang bekommen wir kein Geld für unsere Lebenshaltungskosten, Miete und Gesundheit.

WIR SIND DIE STADTTEILGEWERKSCHAFT SOLIDARISCH IN GRÖPELINGEN

Wir organisieren uns zusammen und kämpfen für unsere Rechte gegenüber dem Jobcenter Bremen. Denn: Wir haben eine Würde und wir haben eine Stimme. Und wir lassen uns nicht klein kriegen.



JOBCENTER, ES REICHT!

Seit Monaten werden wir - Menschen ohne bezahlte Arbeit, Geflüchtete und Migrant*innen - von Politik und Medien zum Sündenbock gemacht. Politiker*innen fast aller Parteien zeigen mit dem Finger auf uns und fordern weitere Gesetze, die uns schikanieren und unsere Grundrechte einschränken. Die Entscheidung der Regierung, das Bürgergeld für zwei Monate fast komplett zu kürzen, wenn Jobangebote abgelehnt werden, ist nur die Spitze des Eisbergs. Während einige von uns keine Erlaubnis zum Arbeiten bekommen, werden andere unter Druck gesetzt, jede noch so schlecht bezahlte und prekäre Arbeit anzunehmen - egal ob wir Kinder erziehen, Angehörige pflegen oder krank sind.

DIE POLITIK BEHAUPTET, WIR SEIEN DAS PROBLEM

Wir gehen auf die Straße um klar zu machen: wir sind nicht diejenigen, die die politischen und sozialen Probleme in diesem Land verursachen. In einem Land, in dem 200 Superreiche mindestens 1.400 Milliarden Euro (!) besitzen, 100 Milliarden für Rüstung und Kriege ausgegeben werden und Unternehmen Rekordgewinne einfahren, scheint es nicht an Geld zu mangeln. Trotzdem wird uns permanent erzählt, es gebe kein Geld - egal ob für Menschen, die nicht arbeiten können oder für Bildung, Krankenhäuser, Kitas oder Spielplätze.

